



Vereinbarung

**über die Zusammenarbeit von SPD und GRÜNEN
in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr
für die Wahlperiode von 2010 bis 2014**

Verhandlungsgruppe SPD:

Oberbürgermeister Frank Baranowski, Gelsenkirchen

Thomas Eiskirch MdL, Bochum

Dr. Dietmar Köster, Ennepe-Ruhr-Kreis

Landrat Michael Makiolla, Kreis Unna

Bruno Sagurna, Duisburg

Martina Schmück-Glock, Bochum

Verhandlungsgruppe GRÜNE:

Herbert Goldmann, Kreis Unna

Mario Krüger, Dortmund

Martin Tönnies, Dortmund

Sabine von der Beck, Kreis Recklinghausen

Börje Wichert, Ennepe-Ruhr-Kreis

Redaktion:

Michael Gustrau, SPD

Mario Herrmann, GRÜNE

Präambel

Die Metropole Ruhr steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen: Die aktuelle Wirtschaftskrise, strukturelle Arbeitslosigkeit, eine rapide demografische Veränderung, der noch nicht zur Gänze vollzogene Wandel einer ehemaligen Kohle- und Stahlregion zu einer modernen Dienstleistungs- und Industrieregion und zu einer Bildungs-, Wissens- und Kulturmetropole sowie ökologische Herausforderungen durch Klimawandel und wachsenden Individual- und Güterverkehr im Ballungsraum erfordern ein gemeinsames Handeln der 53 Städte des RVR-Verbandsgebiets.

Vor fünf Jahren wurde aus dem Kommunalverband Ruhrgebiet der Regionalverband Ruhr, der seither viele neue Aufgaben übernommen hat. Seit Oktober 2009 obliegt ihm auch die Zuständigkeit der Regionalplanung für das Verbandsgebiet. Wir werden die kommunalisierte Regionalplanung in einer Gemeinschaftsaufgabe des Regionalverbands mit den Städten und Kreisen dazu nutzen, die planerische Einheit für die gesamte Metropole Ruhr herzustellen.

Zur Erbringung von Dienstleistungen für die Menschen, Städte und Kreise in der Metropole Ruhr setzen wir uns dafür ein, dass in Weiterentwicklung des RVR-Gesetzes der Verband pflichtige kommunale Aufgaben für seine Mitgliedskommunen übernehmen kann. Darüber hinaus hat der RVR auch den Anspruch, in weiteren wichtigen Politikfeldern einen Gesamtblick auf die Region zu richten und Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Die Fortführung der Modernisierung der Verwaltung stellt dabei eine unverzichtbare Aufgabe dar, um angesichts sich fortgesetzt wandelnder Zukunftsaufgaben, aber auch aufgrund sinkender Einnahmen die Handlungsfähigkeit des Regionalverbands zu behaupten.

In der zurückliegenden Wahlperiode 2005 bis 2009 haben Sozialdemokraten und Grüne ihre Mehrheit in der Verbandsversammlung des RVR genutzt, um notwendige Weichenstellungen vorzunehmen. Dazu gehörte die Gründung der regionalen Wirtschaftsförderung und die Übernahme der Landmarken der „Route der Industriekultur“ vom Land, die Pflege und Entwicklung des Emscher Landschaftsparks, die Neustrukturierung der regionalen Freizeitgesellschaften und die Vorbereitung des Kulturhauptstadtjahres 2010. Zuletzt erforderte die Übernahme der Regionalplanung wichtige organisatorische Entscheidungen. Mit der wirtschaftlichen Konsolidierung der AGR und der Umstrukturierung der Verwaltung des RVR sind ebenfalls unverzichtbare Grundlagen für die Zukunftsfähigkeit des Verbandes geschaffen worden.

SPD und Grüne beabsichtigen, auch in der neuen Wahlperiode 2010 bis 2014 gemeinsam den RVR als Klammer der Region weiterzuentwickeln und als wichtigen Akteur zu stärken. Dabei ist uns klar, dass die Krise der kommunalen Finanzen, von der alle Mitgliedskörperschaften des RVR betroffen sind, auch für manche wünschenswerte Investition des Verbandes kaum Spielraum bietet. Wir werden jedoch mit Augenmaß weiter daran arbeiten, dass die drittgrößte Metropolregion Europas nach innen sozial, ökologisch und lebenswert organisiert ist und nach außen stärker als bisher als Metropolregion wahrgenommen wird. Dazu gehört auch, die Veränderung in der Bevölkerungsstruktur frühzeitig als Querschnittsaufgabe in

den Blick zu nehmen. Die Metropole Ruhr als Modellregion bietet vielfältige Chancen hinsichtlich Lebensqualität, Wirtschafts- und Stadtentwicklung.

Der RVR soll mehr Kompetenzen für das Themenfeld Verkehr erhalten. Als dicht besiedelte polyzentrische Region ist die Metropole Ruhr in diesem Feld mit spezifischen Herausforderungen konfrontiert. Das in der Metropole Ruhr verfügbare Expertenwissen in dem deutschlandweit größten Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, in dem Logistikcluster Ruhr, in der Zuliefer- und Automobilproduktion sowie in den Instituten und Hochschulen der Region prädestiniert diesen Ballungsraum als Modellregion für ein Cluster "Integrierte Mobilität". Unser Ziel ist für die Gesamtregion eine Mobilität aus einem Guss, die auf ein integriertes Zusammenspiel von Bussen und Bahnen, motorisiertem Individualverkehr, Elektromobilität sowie Rad- und Fußverkehr setzt. Hierzu soll der RVR die in der Region vorhandenen Kompetenzen aus Forschung, Industrie, Wirtschaft und Kommunen zusammenführen und moderierende Aufgaben übernehmen.

Die vorliegende Kooperationsvereinbarung von SPD und Grünen kann nicht zu allen Aufgaben, die in den kommenden fünf Jahren auf den RVR zukommen, Aussagen machen. Sie soll jedoch zeigen, in welche Richtung wir den Verband entwickeln wollen. Darüber hinaus werden wir einen Prozess initiieren, der die Anforderungen der Metropole Ruhr an ein modernes und zukunftsweisendes RVR-Gesetz formuliert, das sowohl Formen der Direktwahl als auch verstärkte Bürgerbeteiligung umfasst. Wir verstehen die Koalitionsvereinbarung auch als Einladung an die anderen Fraktionen in der Verbandsversammlung, uns auf diesem Weg zu begleiten.

Planung

Das RVR-Gesetz übertrug dem Verband zunächst die Aufgabe, informelle Planungs- und Entwicklungskonzepte für das Verbandsgebiet (Masterpläne) zu erstellen, deren Aussagen von den Kommunen bei ihrer Planung zu berücksichtigen sind. Der in den Jahren 2005 bis 2009 für das gesamte Verbandsgebiet erstellte Masterplan „Raum- und Siedlungsstruktur“ analysierte die wichtigen wirtschaftlichen, sozialen, demografischen und baulich-räumlichen Prozesse und Strukturen des Verbandsgebiets. Diese neue - wenn auch zunächst informelle - Planungskompetenz war ein wichtiger Schritt in Richtung einer planerischen Einheit des Ruhrgebiets. Auch der Regionale Flächennutzungsplan (RFNP), den die Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim und Oberhausen unter Beteiligung des RVR aufgestellt haben, zeigt, dass eine gemeinsame Planung in der Region möglich und sinnvoll ist. Diese bisherigen Planungsergebnisse gilt es nun in die Regionalplanung des Verbandes zu integrieren.

1. In einem Ideenwettbewerb zur Zukunft der Metropole Ruhr sollen Zukunftsbilder entwickelt werden, die aufzeigen, wie die polyzentrische Region mit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts (Stadtumbau, Klimaschutz, demographische Entwicklung und moderne Mobilität) umgehen soll. Der RVR soll diesen Ideenwettbewerb gemeinsam mit anderen Akteuren (z. B. dem Initiativkreis Ruhr) organisieren und kommunale Planungsämter, die Hochschulen der Region und anerkannte Planungsbüros zur Teilnahme einladen. Die Verwaltung soll hierzu ein

Durchführungs- und Finanzierungskonzept entwickeln. Unser Ziel ist, dass der Ideenwettbewerb im Laufe des Jahres 2010 auf den Weg gebracht wird.

2. Seit dem 21. Oktober 2009 liegt die Planungshoheit für das Ruhrgebiet nach über 30 Jahren wieder beim Regionalverband Ruhr. Die Koalitionsfraktionen werden die Verwaltung unverzüglich beauftragen, die notwendigen Grundlagen zum Vorentwurf für den Regionalplan Ruhr zu erstellen. Wir streben an, den Erarbeitungsbeschluss für den Regionalplan Ruhr in dieser Wahlperiode zu fassen.

3. Diese neue Aufgabe der Regionalplanung ist ein komplexer Prozess, der kooperativ und partnerschaftlich zwischen dem RVR und den Kommunen organisiert werden muss. Dazu sollen auch neue Formen der Zusammenarbeit geschaffen und etabliert werden.

4. Die Gesellschaften des RVR haben im regionalen Planungsprozess die Aufgabe, dem Verband zuzuarbeiten, etwa bei Fragen der Flächenentwicklung. Der Interessensausgleich findet dann im Verband statt.

5. Die Übernahme der Regionalplanung soll auch in weiteren Bereichen neue innovative Formen der Zusammenarbeit von Kommunen und RVR etablieren. Dies kann zum Beispiel in den Bereichen Flächenmonitoring, Katasterwesen und Stadtkartographie geschehen. Wir wollen für die Metropole Ruhr eine gemeinsame Geodatenzentrale aufbauen. Eine derartige Kooperation kann zu Einsparpotenzialen in den Kommunen führen. Wir werden einen solchen Prozess der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung in Gang bringen und moderieren.

6. Mit der Entwicklung eines über 700 km langen regionalen Radwegenetzes ist der Neubau von Radwegen durch den RVR weit fortgeschritten. Die weitere Entwicklung soll die Einbindung der Radwegeinfrastruktur städtischer Radwege verbessern und notwendige Anschlüsse von Stadtteilen an das überörtliche Radwegenetz erkennen und unterstützen. Für den Neubau von Radwegen hat der RVR derzeit noch rd. 100 Mio. € in Planung. Wir setzen uns daher für die Erarbeitung einer realistischen Prioritätenliste für den Bau regionaler Verbindungen und Lückenschlüsse ein, die mit den finanziellen Möglichkeiten des Verbands rückgekoppelt ist. Ebenfalls im Zentrum künftiger Aktivitäten stehen die Unterhaltung und Qualitätssicherung des überörtlichen Gesamtnetzes.

7. Das Projekt MetroRad wird in Kooperation mit dem VRR und den beteiligten Kommunen umgesetzt. Dabei strebt der RVR an, die Zahl der Fahrräder zu erhöhen, um eine flächendeckende Verfügbarkeit von Leihrädern in der Region sicherzustellen. Die Kompatibilität mit bestehenden kommunalen Leihsystemen wird angestrebt.

8. An dem von der Verbandsversammlung gefassten Beschluss zur Durchführung einer strategischen Umweltprüfung für das geplante Industriegebiet „newPark“ wird festgehalten. Die WMR wird sich an der „newPark“-Projektgesellschaft nicht beteiligen.

Umwelt

Die Sicherung und Entwicklung von Grün-, Wasser- und Waldflächen sowie bedeutsamen Freiräumen ist von je her ein Pflichtaufgabe des Regionalverbands Ruhr. Der Verband ist nach dem Land der größte Waldbesitzer in NRW und bewirtschaftet darüber hinaus zahlreiche Halden, Seen und Naturschutzgebiete. Diese Aufgaben nimmt er mit umweltschützerischer Zielsetzung wahr, aber auch zur Bereitstellung attraktiver Naherholungsmöglichkeiten für die Menschen in der Metropole Ruhr. Die operativen Tätigkeiten werden vom Eigenbetrieb Ruhr Grün durchgeführt. Weitere zentrale Themenfelder im Bereich Umwelt sind die Umweltbildung, die Bekämpfung von Schadstoff- und Lärmbelastungen sowie Gewinnung und Einsatz umweltverträglicher Energien.

1. Die erfolgreiche Arbeit von Ruhr Grün soll auch in finanziell schwierigen Zeiten verstetigt werden. Dabei genießt die angemessene Erledigung bereits übernommener Aufgaben Priorität vor der Aufnahme neuer Tätigkeiten und vor der Investition in Waldankäufe.
2. In inhaltlich begründeten Fällen sollen auch zukünftig weitere Wälder von Kommunen erworben werden. Es soll jedoch keinen Automatismus mehr geben, wonach jede angebotene kommunale Fläche übernommen wird.
3. Die Pflege, Unterhaltung und Weiterentwicklung des Emscher Landschaftsparks wird fortgeführt. Für neue Projekte sind Fördermittel zu akquirieren. Im Rahmen der AG Neues Emschertal sollen gemeinsame Entwicklungsziele mit der Emschergenossenschaft bis 2020 vereinbart werden, um die Entwicklung des Parks mit dem Projekt des Emscherumbaus zu synchronisieren.
4. Analog zum Ruhrtal soll, aufbauend auf der Regionale „Fluss, Stadt, Land“, auch im Bereich der Lippe eine Entwicklungsperspektive erarbeitet werden.
5. Neue Projekte sollen nur bei Akquise entsprechender Fördermittel in Angriff genommen werden.
6. Die Region weist ein sehr hohes Potenzial sowohl bei der Nutzung und dem Ausbau regenerativer Energien als auch bei Energieeinsparungen und der Anpassung an den Klimawandel auf. Durch ein gemeinsames Vorgehen der Kommunen und des RVR können die verschiedenen kommunalen Ansätze gebündelt und regionale Lösungen entwickelt werden. Besonderheiten der Metropole Ruhr wie Grubengasnutzung und die Abwärmenutzung der neuen Emscherkanalisation können das Bild der Klimahauptstadt abrunden.
7. Der RVR macht sich dafür stark, dass im Ruhrgebiet eine flächendeckende Umweltzone den wirkungslosen Flickenteppich an Insel-Umweltzonen der Landesregierung ersetzt. Für 2010 und die Folgejahre werden neben den Feinstaubbelastungen die NO₂-Immissionen im Fokus stehen. Dazu wird der Masterplan „Saubere Luft“ fortgeschrieben. Dies erfolgt in den Strukturen der bewährten Zusammenarbeit aus der ersten Stufe des Masterplans zwischen RVR und den Kommunen und Kreisen sowie in Kontakt zum MUNLV und den Bezirksregierungen.

8. Die Kommunen sind für Lärmbelastungskarten und Lärmaktionspläne verantwortlich. Für eine interkommunale Zusammenarbeit bieten sich die Datenbeschaffung bei regionalen und überregionalen Institutionen, die Festlegung gemeinsamer Standards für die Lärmaktionsplanung, die Abstimmung größerer, interkommunaler Lärminderungsmaßnahmen inklusive Mittelbeschaffung sowie gemeinsame PR- und Informationsmaßnahmen an. Zusammen mit den Handlungsfeldern „Klima“, „Luft“ und „Gesundheit“ ergibt sich so ein umfassender regionaler Ansatz der Metropole Ruhr zum Schutz der Atmosphäre.

9. Wir setzen uns dafür ein, ruhrgebietsscharfe Gesundheitsdaten in einem regionalen Gesundheitsregister zu erheben, um so Ursachen wie krankmachende Umweltbedingungen besser ermitteln zu können. Auch aus diesem Grund wollen wir das regionale Kompetenzfeld Gesundheitswirtschaft weiter stärken. Daher begrüßen wir, dass der Gesundheitscampus NRW in der Metropole Ruhr angesiedelt wird.

10. Regional umsetzbare Kriterien im Sinne der „Lokalen Agenda 21“ sollen entwickelt und inhaltlich gefüllt werden. Hierzu wird ein begleitender Arbeitskreis im Umweltbereich eingerichtet.

11. Der RVR setzt sich weiterhin für die Einführung eines „Kieseuro“ ein.

Kultur und Sport

Das Ruhrgebiet ist schon lange eine Kultur- und Sportmetropole. Mit der Ausrichtung des Kulturhauptstadtjahres RUHR.2010 hat diese Tradition einen ganz besonderen Höhepunkt erreicht. Zentrale Aufgabe wird sein, den Schwung dieses Jahres zu nutzen und die regionale Kulturpolitik für die Jahre 2011 und folgende angemessen aufzustellen.

1. Die Arbeiten zum Masterplan Kultur als Basis einer nachhaltigen regionalen Kulturpolitik werden fortgesetzt und im Jahr 2010 abgeschlossen. Die Ergebnisse des Masterplans werden umgesetzt und im Sinne einer regionalen Kulturpolitik weiterentwickelt. Ziel ist ein Kontrakt mit allen Städten der Region. Für eine Verstetigung des kulturellen Angebots auch über das Jahr 2010 hinaus ist es notwendig, eine angemessene Umlagefinanzierung aufrecht zu erhalten. Das entstandene Netzwerk und das Know-how aus dem Masterplanprozess sollen in Koordination durch den RVR gesichert und weiterentwickelt werden.

2. Weitere personelle Entscheidungen im Kulturbereich sind nach 2010 zu treffen, wenn für Teile der RUHR.2010 nach Ende des Gesellschaftszwecks eine geeignete Organisationsform zu finden ist. Dies ist notwendig, um Netzwerke und Strukturen aus dem Kulturhauptstadtjahr zu sichern.

3. Es soll ein Kulturpreis der Metropole Ruhr initiiert werden, der vor allem herausragende Leistungen der freien Kulturszene in den Blick nimmt. Zur Stärkung der Kulturmetropole Ruhr sollen gemeinsam mit der freien Szene innovative Finanzierungsmodelle entwickelt werden.

4. Die Förderung herausragender regionaler Sportereignisse wird fortgeführt.

Wirtschaftsförderung

Das RVR-Gesetz weist dem RVR die Förderung der regionalen Wirtschaft als Pflichtaufgabe zu. Darüber hinaus herrscht in der Metropole Ruhr Einigkeit darüber, dass eine städteübergreifende Klammer in der Wirtschaftsförderung unerlässlich ist. Mit der Wirtschaftsförderung metropol Ruhr GmbH (wmr) gibt es seit dem Jahr 2007 erstmalig eine regionale Wirtschaftsförderung und damit eine Adresse für wirtschaftsrelevante Fragen. Die wmr ist in Kooperation mit den kommunalen Wirtschaftsförderern als Serviceunternehmen zentraler Dienstleister, Ansprechpartner und Impulsgeber für alle wirtschaftsrelevanten Fragen. Neben der interkommunalen Kooperation ist die Organisation von Positionierungen und Interessenvertretungen gegenüber dem Land NRW in allen relevanten Fragen der Wirtschaftspolitik in Abstimmung mit den Verbandsgremien eine weitere wichtige Aufgabe der wmr.

1. Mit den Erfahrungen der Gründerjahre sollen die Aufgaben und Strukturen der wmr in den nächsten Jahren verbessert und effektiver gestaltet werden. Die Aufgabenschwerpunkte der wmr werden grundsätzlich fortgeführt, insbesondere im Bereich der Regionalmarketing, Brachflächenentwicklung sowie im Bereich der Mobilität in der Region. Die wmr wird verstärkt in die fachliche Arbeit des Verbandes und seiner Gremien eingebunden.
2. Neben den bisherigen Aufgaben soll die wmr künftig einen Schwerpunkt auf die Unterstützung ökologisch nachhaltiger Branchen legen und bei konventionellen Branchen ökologische Effizienz in den Fokus rücken. Dies soll durch Veranstaltungen, die Initiierung von Kooperations- und Know-how-Börsen, die Akquise von Pilotprojekten mit Vermittlung von Fördermitteln, die Schaffung eines Sponsorenpools zur Finanzierung der Eigenanteile von ruhrgebietsweit genutzten Förderprogrammen sowie regionale Markterschließungsprogramme für „grüne Branchen“ geschehen.
3. Um auch bei konventionellen Unternehmen nachhaltige Potenziale zu mobilisieren, soll die wmr einen „Ökoeffizienzpreis Ruhr“ für besonders ausgefallene oder erfolgreiche Lösungen quer über alle Branchen hinweg entwickeln.

Finanzen

Die wachsenden Aufgaben des Verbandes bedürfen einer soliden Finanzierung. Andererseits erlaubt die Krise der kommunalen Finanzen mit einem strukturellen Defizit in den Haushalten der Städte keine Umlageerhöhung über den aktuellen Ansatz hinaus. Daher fordern wir nachdrücklich die Beteiligung des RVR am Gemeindefinanzierungsgesetz, um eine eigenständige Finanzierungsgrundlage für die dem RVR übertragenen Aufgaben zu schaffen.

Darüber hinaus gilt es, gemeinsam mit den Mitgliedskommunen Modelle zu entwickeln, mit denen durch Übertragung von Aufgaben an den RVR oder durch Kooperationen in Teilregionen Synergien geschöpft und finanzielle Ressourcen geschont werden können. Für den RVR gilt es, alle freiwilligen finanziellen Aufwendungen kritisch zu überprüfen und vor der Übernahme weiterer freiwilliger Aufgaben stets die langfristigen finanziellen Auswirkungen jeder Maßnahme darzustellen.

1. Derzeit besitzt der Verband rund 17.000 Hektar Boden. Die Flächenerwerbspolitik des Verbandes soll sich streng nach den Kriterien „Um- und Ausbau von Infrastruktur“, „Erhalt und Entwicklung naturschutzwürdiger Flächen“, „Erhalt und Unterstützung der biologischen Vielfalt“, „Übernahme von Halden zur Projektentwicklung“ sowie „Sicherstellung für Erholungszwecke“ dienen. Bei der Entwicklung dieser Flächen sollen nach Möglichkeit Projekte des zweiten Arbeitsmarktes als Qualifizierungsmaßnahmen einbezogen werden. Flächen, die den Kriterien nicht entsprechen, sollen veräußert werden, sofern zum Erwerb keine Fördermittel verwandt wurden. Nach Bestandsaufnahme aller Flächen werden die veräußerbaren einer Bewertung unterzogen.

2. Im Rahmen des vom RVR beauftragten Finanzberichtes sollen auch das Problem der noch nicht einheitlichen Hebesätze für die Realsteuern (Gewerbe- und Grundsteuer) im Verbandsgebiet und seinem Umland sowie ein Vergleich mit anderen Metropolregionen in Deutschland untersucht werden. Dabei sollen Perspektiven aufgezeigt werden, wie ein einheitlicher Hebesatz innerhalb der Metropole Ruhr gestaltet werden kann.

3. Mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung und den demographischen Wandel wird die RVR-Verwaltung gegenüber den Kommunen im Verbandsgebiet dafür werben, ein regionales Wohnungsmarktkonzept zu erarbeiten. Dieses soll kontinuierlich fortgeschrieben werden. Der RVR wird die Erarbeitung unterstützen. Dabei dient das Wohnungsmarktkonzept der Städteregion Ruhr 2030 als (teilregionales) Modell.

Beteiligungssteuerung

Viele Aufgaben des Regionalverbandes Ruhr werden nicht im Haus selbst, sondern durch Tochterunternehmen, Eigenbetriebe oder externe Gesellschaften, zum Teil unter Beteiligung weiterer Partner, wahrgenommen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass der RVR einen Prozess organisiert, dessen Ziel die Erarbeitung eines einheitlichen Erscheinungsbildes (Corporate Design) der Region im Anschluss an das Kulturhauptstadtjahr gewährleistet. Ein Corporate Design im medialen Auftritt der relevanten Institutionen der Metropole Ruhr ist dazu geeignet, die Identität der Bürgerinnen und Bürger mit der Region ebenso zu steigern wie das Interesse der Besucherinnen und Besucher sowie von Unternehmen an der Region. Die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes und seiner Gesellschaften hat sich an diesem einheitlichen Auftritt zu orientieren.

1. Wir setzen uns dafür ein, dass die Strukturen zur Beteiligungssteuerung geprüft und gegebenenfalls optimiert werden. Es wird auch untersucht, wo eine Einbindung

der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen RuhrGrün oder „Route der Industriekultur“ in den Verband sinnvoll ist. Die Steuerung könnte dann statt in Betriebsausschüssen im jeweiligen Fachausschuss erfolgen.

2. Die Ruhr Tourismus GmbH (RTG) wird künftig stärker als bisher aufgestellt. Sie soll Tourismusstrategien für die Zeit nach 2010, eine regionale Marketingstrategie in einem Corporate Design mit dem RVR und ein eigenes touristisches Marketing entwickeln. Ihre Vertriebsstrukturen und -wege sollen gestärkt werden und sie soll weitere interkommunale Projekte wie den erfolgreichen RuhrtalRadweg sowie innovative Produkte, deren Entwicklungsaufwand die privatwirtschaftliche Reiseveranstaltungswirtschaft meidet, entwickeln. Die RTG soll dabei intensiv mit öffentlichen und privaten Freizeit-, Kultur- und Tourismusanbietern der Region kooperieren und die Zusammenarbeit strukturell ausbauen. Vor dem Hintergrund dieser Aufgaben ist eine angemessene Finanzierung der RTG sicherzustellen sowie durch Kooperationen eine Stärkung der Ertragskraft der Gesellschaft zu erzielen. In der touristischen Vermarktung der Region kommt den fünf neu geschaffenen Besucherzentren eine hohe Bedeutung zu. Die RTG wird ihren Beitrag zur nachhaltigen Sicherung der regionalen Zentren sowie der nachgeordneten Einrichtungen touristischer Infrastruktur leisten.

3. Die Freizeitgesellschaften bleiben bestehen und ihr regionaler Stellenwert wird erhöht. Dazu ist die eingeleitete stärkere individuelle Ausrichtung und Anpassung an die jeweilige Nachfrage an den einzelnen Standorten fortzusetzen. Unser Ziel ist der Erhalt eines Erholungs- und Gesundheitsangebotes für jedermann. Außerdem sollen sinnvolle Maßnahmen zur Verbesserung der Rentabilität fortgeführt werden, und die Erwirtschaftung zunehmend größerer Anteile an den betrieblichen Aufwendungen angestrebt werden. Zur Vermeidung unerwünschter Konkurrenzen ist die Abstimmung mit kommunalen Anbietern zu verbessern. Die Geschäftsführungen des RVR in den Gesellschaften sollen gebündelt und der Dialog mit den Mitgesellschaftern zur verstärkten Kooperation und gemeinsamen Aufgabenerledigung fortgesetzt werden.

Masterplanung

Das Instrument der Masterplanung bietet dem Regionalverband Ruhr die Möglichkeit, wichtige Fragestellungen aus der Sicht der gesamten Metropole Ruhr zu untersuchen und Vorschläge für verschiedenste regional relevante Themenfelder zu entwickeln. Die Masterpläne „Saubere Luft“, „Raum- und Siedlungsstruktur“, „Kultur“, „Sport“ und „Bildung“ sind seither aufgestellt worden, befinden sich in Arbeit oder sind auf den Weg gebracht. Dieses Instrument soll auch in den kommenden Jahren genutzt werden.

1. Die Masterpläne „Kultur“, „Sport“ und „Bildung“ werden insbesondere mit dem Ziel fortgeschrieben, die Situation zu analysieren und regionale Handlungsempfehlungen angesichts der demographischen Entwicklung zu erarbeiten.

2. Die beschlossene Erstellung des Masterplans Bildung als regionaler Bildungsbericht, in dem kommunale Aktivitäten gebündelt und Best-Practice-

Beispiele vorgestellt werden, wird unter Beteiligung kommunaler Bildungsbüros und Schulexperten vorangetrieben.

3. Im Rahmen des Masterplanes Bildung sollen auch Möglichkeiten einer stärkeren Kooperation der regionalen Universitäten und Fachhochschulen angeregt werden. Dachmarkenkonzepte sind dabei besonders zu unterstützen.

4. Unter Beteiligung relevanter Gruppen soll ein neuer Masterplan „Integrierte Mobilität“ aufgelegt werden, der sich mit Individual- und Schwerlastverkehr, ÖPNV und SPNV, Radverkehr, Verkehrssicherheit und den Auswirkungen von Verkehr auf das Klima auseinandersetzt.

5. Im Rahmen eines Masterplans „Innenstädte“ soll ein regionales Einzelhandelskonzept für die ganze Metropole Ruhr erarbeitet werden.

Essen, den 17. Dezember 2009

Frank Baranowski
Sprecher der RuhrSPD

Andrea Swoboda
Sprecherin der GRÜNEN Ruhr

Börje Wichert
Sprecher der GRÜNEN Ruhr

Martina Schmück-Glock
Vorsitzende der SPD-Fraktion im RVR

Sabine von der Beck
Vorsitzende der GRÜNEN im RVR

Martin Tönnies
Vorsitzender der GRÜNEN im RVR

